

# Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 32.

Donnerstag am 10. Februar

1853.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus und halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Insertionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. In diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November 1850 für Insertionsblätter“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J., dem k. k. Oberlandesgerichtsrathe in Linz, Felix Florentin v. Wiederheim, unter Bezeigung des allerhöchsten Wohlgefallens mit seiner vieljährigen treuen, redlichen und ersprießlichen Dienstleistung, die Versetzung in den wohlverdienten Ruhestand allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 27. Jänner d. J., die an der Universitätsbibliothek zu Graz erledigte Bibliothekarsstelle dem Adjuncten an derselben, Leopold Michelic, allergnädigst zu verleihen geruht.

Das am 8. Februar 1853 ausgegebene VII. Stück des Reichsgesetzblattes enthält unter Nr. 18 das kaiserl. Patent vom 26. Jänner 1853, wirksam für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgränze, wodurch an die Stelle der bisherigen Vorschriften über die Verwahrungsgebühr (Zählgeld, Depositentare) bei den k. k. Civil- und Militär-Depositendämtern, neue gesetzliche Bestimmungen angewendet werden.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien, König von Jerusalem &c. &c. &c.

Um den Staatsschatz hinsichtlich der Kosten zu erleichtern, welche mit der Verwahrung der gerichtlichen Depositen verbunden sind, finden Wir, nach Vernehmung Unserer Minister und nach Anhörung Unseres Reichsrathes, an die Stelle der bisherigen Vorschriften über die Verwahrungsgebühr (Zählgeld, Depositentare) bei Unseren k. k. Civil- und Militär-Depositendämtern für sämtliche Kronländer, mit Ausschluß der Militärgränze, folgende Bestimmungen mit dem Beisatze zu erlassen, daß dieses Gesetz bei allen Militärgerichten, mit Ausnahme jener in der Militärgränze, dann bei allen Civilgerichten in jenen Kronländern, in welchen der Staat durch Meine Aemter und Cassen die Verwahrung der gerichtlichen Depositen nach der Verordnung Meiner Minister der Justiz und der Finanzen vom 16. November 1850, S. 448, bereits übernommen hat, am 1. April 1853, in allen andern Kronländern aber erst mit dem Tage in Wirksamkeit zu treten habe, an welchem diese Verwahrung an den Staat übergeben wird.

### I. Gegenstand der Gebühr überhaupt.

§. 1. Die Verwahrungsgebühr ist von denjenigen Gegenständen zu entrichten, die in Folge gerichtlichen Auftrages von den hierzu bestimmten Aemtern oder Cassen verwahrt werden.

### II. Art der Gebühr.

#### a. Grundsatz.

§. 2. Diese Gebühr richtet sich:

- a) entweder nach dem Werthe des verwahrten Gegenstandes und zugleich nach der Dauer der Verwahrung (§. 9) oder
- b) nur nach der Dauer der Verwahrung allein (§. 10).

#### b) Gegenstände.

##### aa) der ersten Gebührenart.

§. 3. Der Gebühr nach dem Werthe des ver-

wahrten Gegenstandes und zugleich nach der Dauer der Verwahrung unterliegen:

- a) Geld und Prätiosen,
- b) Papiere, die einen Gegenstand des Umsatzes bilden, als Gesellschaftsactien, Lose von Güter-Lotterien, Wechselbriefe u. dgl.

##### bb) der zweiten Gebührenart.

§. 4. Für alle im §. 3 nicht enthaltenen Urkunden und Gegenstände wird die Gebühr nicht nach dem Werthe, sondern nur nach der Dauer der Verwahrung bemessen.

### III. Befreiungen.

§. 5. Die Entrichtung der Verwahrungsgebühr findet nicht Statt:

- a) Von Gegenständen, die im strafgerichtlichen Verfahren hinterlegt wurden, wenn deren Aufbewahrung nicht nach Beendigung des Strafverfahrens in eine solche übergeht, die nach dem bürgerlichen Rechte Statt findet.
- b) Von solchen, deren Hinterlegung außer einem Rechtsstreite zur Sicherstellung des Staatsschatzes oder eines aus demselben dotirten Fonds, oder
- c) Von solchen, die zur Sicherstellung oder als Zahlung einer aus der Grundentlastung herrührenden Entschädigung hinterlegt wurden.
- d) Von Coupons, wenn die Schuldurkunde oder Actie, von welcher sie stammen, oder wofern sie bloß mit dem Talon hinterlegt wurden, letzterer in der Verwahrung sich befindet.
- e) Von Gegenständen, die in Folge eines Einschreitens des Richters von Amtswegen irrigerweise in Verwahrung genommen wurden, wenn die Erfolgslassung binnen (3) drei Monaten, nachdem die Partei von dem irrigerweise geschehenen Erlage Kenntniß erlangt hat, angesucht, und längstens binnen vierzehn Tagen von der Zustellung der Bewilligung gerechnet, von dieser Gebrauch gemacht wird.

Eben so ist in dem Falle, als bei einer Verlassenschaft oder einer andern gemeinschaftlichen Sache Großjährige und Minderjährige eintreten, und die Verlassenschaft oder die gemeinsame Sache, bis zur Auseinandersetzung des Jedem gebührenden Anttheils hinterlegt werden muß, den Großjährigen der ihnen gehörige Anttheil ohne Entrichtung der Zahltaxe zu erfolgen, wenn sie die Erfolgslassung binnen drei Monaten, nachdem sie von der bewirkten Theilung der Gemeinschaft Kenntniß erlangt haben, angesucht, und längstens binnen obiger Frist von vierzehn Tagen, von der Zustellung der Bewilligung gerechnet, von dieser Gebrauch gemacht haben.

Ueber das Vorhandensein der Bedingungen dieser Ausnahme hat sich das Gericht in dem Erfolgslassungsbescheide auszusprechen.

- f) Von den Beträgen oder andern Gegenständen, die zum Unterhalte, zur Erziehung oder zum Unterrichte eines Pflegebefohlenen oder zur Bezahlung der Schulden desselben verabsolgt werden.
- g) Von Depositen, welche an den Staatsschatz oder einen aus demselben dotirten Fond ausgeliefert werden, in so ferne die Gebühr den Staatsschatz oder den Fond zu treffen hat.

### IV. Werthbestimmung.

#### a) Bei Prätiosen.

§. 6. Für die Bemessung der Gebühr von Prätiosen und nicht gangbaren Münzen hat der bei ih-

rer Hinterlegung erhobene Schätzwert zur Grundlage zu dienen.

b) Bei Papieren, die Gegenstand des Umsatzes sind.

§. 7. Hinsichtlich der Bestimmung des Werthes: a) Solcher Papiere, die einen Gegenstand des Umsatzes bilden, ist sich nach §. 51 der Gebührengesetze vom 9. Februar und 2. August 1850, mit der Abweichung zu benehmen, daß die Werthbestimmung auf den Tag der Erfolgslassungs-Bewilligung, und wenn der Coursverth dieses Tages nicht bekannt wäre, auf den nächstvorhergehenden Tag zu beziehen ist, dessen Course dem Depositendämte schon vorliegen.

b) Papiere, auf welche durch Verlosung ein Gewinnst gefallen ist, sind in dem durch das Los bestimmten Werthe anzunehmen.

c) Coupons, welche ohne die Schuldurkunde oder Actie, von welcher sie stammen, hinterlegt wurden, sind nach dem Betrage, auf welchen sie lauten; wofern sie aber auf keinen bestimmten Betrag lauten, mit dem vierzigsten Theile des Werthes der Stammurkunde (nach Absatz a) zu veranschlagen.

d) Als Werth von Talons, welche ohne die Stammurkunde hinterlegt wurden, ist die Hälfte des Werthes der letzteren (nach Absatz a) anzunehmen.

e) Ist der Werth, nach welchem sich die Verwahrungsgebühr zu richten hat, in einer andern Währung als der Conventionsmünze nach dem 20-st. Fuße ausgedrückt, oder durch Beziehung auf eine andere Urkunde angegeben, so ist die Gebühr nach §. 19 des Gebührengesetzes vom 9. Februar und 2. August 1850 zu bestimmen.

### V. Berechnung der Verwahrungsdauer.

§. 8. Die Dauer der Verwahrung wird von dem Zeitpunkte angefangen, mit welchem die depositendämliche Verwahrung, wenn gleich bei einem anderen Depositendämte begonnen hat, bis zum Tage der Erfolgslassung berechnet.

Wurde die Verwahrung dadurch unterbrochen, daß die Erfolgslassung hinterlegter Gegenstände mit der Bedingung bewilligt wurde, entweder die nämlichen Gegenstände oder statt derselben andere Gegenstände gleichen Werthes wieder gerichtlich zu hinterlegen, so wird die Dauer der Verwahrung von dem Zeitpunkte des ursprünglichen Erlages der ersteren berechnet.

Die Verwahrungsdauer ist in der Regel für jeden aus der Verwahrung gelangenden Gegenstand besonders zu berechnen.

Von dem Werthszuwachse, welcher bei einem Deposite durch das Los stattgefunden hat, ist die Gebühr vom Tage der Verlosung bis zum Tage der Erfolgslassung des Deposites besonders zu berechnen.

### VI. Gebührenausmaß.

#### a) Nach Werth und Dauer.

§. 9. Die Gebühr nach dem Werthe des Gegenstandes und zugleich nach der Dauer der Verwahrung beträgt von jedem Gulden des Werthes:

|   |    | bis 1 Jahr              |         | 1/4 fr. |
|---|----|-------------------------|---------|---------|
|   |    | über 1 Jahr bis 5 Jahre | 1/2 "   |         |
| " | 5  | 10                      | 3/4 "   |         |
| " | 10 | 15                      | 1 "     |         |
| " | 15 |                         | 1 1/2 " |         |

Den Pupillen und Curanden wird jedoch die Gebühr nie über 1 fr. bemessen.



b) Von Papieren, die einen Gegenstand des Umsatzes bilden, die Hälfte.

Jener Theil des Werthbetrages, welcher in dem Bruchtheile eines Guldens besteht, ist bei der Gebührenbemessung nicht in Anschlag zu bringen.

Bruchtheile der Gebühr unter  $\frac{1}{4}$  fr. werden nicht eingehoben.

b) Nach der Dauer allein.

§. 10. Die nur nach der Dauer der Verwahrung zu entrichtende Gebühr beträgt:

I. Für Rechtsurkunden (§. 1 a, n. 3 des Gesetzes vom 9. Februar und 2. August 1850) bei einer Verwahrungsdauer

|                         |           |
|-------------------------|-----------|
| bis 5 Jahre . . . . .   | — 15 fr.  |
| über 5 " bis 10 Jahre — | 30 "      |
| " 10 " " 15 " —         | 45 "      |
| " 15 " . . . . .        | 1 fl. — " |

jedoch mit der Beschränkung, daß die Verwahrungsgebühr, wenn die Urkunde nach dem Gesetze vom 9. Februar und 2. August 1850 einer Gebühr unterliegt, nie einen höheren Betrag als den für sie in dem gedachten Gesetze bestimmten Stempel und Gebührenbetrag ausmachen soll.

Diese Gebühr ist für jede solche Urkunde zu entrichten, wenn auch mehrere derselben unter Einer Erlagsnummer hinterlegt wurden. Nur jene Urkunden oder Beilagen, welche das Zugehör solcher Rechtsurkunden ausmachen, sind von der Gebühr selbst dann frei, wenn sie unter verschiedenen Erlagsnummern hinterlegt wurden.

II. Für alle andern Schriften oder Urkunden welche zu den unter I erwähnten Urkunden nicht gehören, beträgt die zu entrichtende Gebühr, bei einer Verwahrungsdauer bis 5 Jahre . . . . . 6 fr.  
über 5 " bis 10 Jahre 12 "  
" 10 " " 15 " 18 "  
" 15 . . . . . 24 "

In diesem Falle wird die Gebühr auch dann nur im einfachen Betrage abgenommen, wenn mehrere Schriften oder Urkunden auf ein Mal erfolgt werden, die unter Einer Erlagsnummer hinterlegt wurden. Wurden die zu erfolgenden Urkunden oder Schriften unter verschiedenen Erlagsnummern hinterlegt, oder werden die unter Einer Erlagsnummer hinterlegten Gegenstände zu verschiedenen Zeiten erfolgt, so wird im ersten Falle die Gebühr nach der Zahl der Erlagsnummern, im zweiten Falle aber so oftmal abgenommen, als Erfolgslassungen Statt finden.

c) Wenn die Erfolgslassung Gegenstände beider Gebührenarten umfaßt.

§. 11. Werden Gegenstände, von welchen die Gebühr nach §. 9 zu entrichten ist, zugleich mit anderen, die der Gebühr nur nach der Verwahrungsdauer unterliegen, erfolgt, so wird für die letztgedachten Urkunden nur dann die Gebühr besonders bemessen, wenn deren Erlag nicht zugleich mit den übrigen ausgefolgten Gegenständen geschehen ist.

VII. Zeitpunkt der Gebührenfälligkeit.

§. 12. Die Verwahrungsgebühr ist erst bei der Erfolgslassung des Deposites zu entrichten. Wird jedoch ein verwahrter Gegenstand mit der Bedingung erfolgt, daß statt desselben ein anderer dem gleichen Gebührenausmaße unterliegender, jedoch im minderen Betrage, oder ein in einer minderen Gebührenklasse begriffener Gegenstand wieder hinterlegt werde, so ist schon bei der bedingten Erfolgslassung mit Rücksicht auf die Dauer der Verwahrung im ersten Falle die Gebühr von dem Betrage, um welchen weniger wieder hinterlegt wurde, oder werden soll, im zweiten Falle jener Unterschied der Gebühren zu entrichten, welcher sich ergibt, wenn die Gebühren für den erfolgten und für den wieder hinterlegten Gegenstand vom Beginne der Verwahrung bis zur Erfolgslassung des Ersteren berechnet und verglichen werden.

VIII. Person, welche die Gebühr zu entrichten hat.

§. 13. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr liegt derjenigen Partei ob, an welche der verwahrte Gegenstand erfolgt wird, ohne Rücksicht, ob ihr ein Ersatzauspruch an den Erleger oder eine andere Person zusteht oder nicht.

IX. Haftung für die Gebühr.

§. 14. Die Verwahrungsgebühr lastet auf dem verwahrten Gegenstände und geht auf denselben allen

aus Privatrechtstiteln entspringenden Forderungen vor. Vor Berichtigung der Gebühr darf der verwahrte Gegenstand nicht erfolgt werden. Eine Ausnahme hiervon kann nur von der leitenden Finanzbezirksbehörde, gegen angemessene Sicherstellung der Gebühr bewilligt werden.

X. Zurückerstattung der Gebühr wegen unrichtiger Bemessung.

§. 15. In so ferne Jemanden eine Gebühr vorschriftswidrig, oder in einem höhern, als dem vorschriftmäßigen Betrage abgenommen worden wäre, so kann die Zurückerstattung des ungebührlich entrichteten Betrages innerhalb des Zeitraumes von Einem Jahre nach erfolgter Zahlung gefordert werden.

XI. Art der Beschwerdeführung.

§. 16. Wer sich durch die Bemessung der Verwahrungsgebühr beschwert erachtet, kann dagegen die Beschwerde bei der Finanzbezirksbehörde, und im weitern Zuge des Recurses bei der Finanzlandesbehörde und dem k. k. Finanzministerium einbringen. Der Recurs gegen die Entscheidung der Finanzbezirks- oder der Landesbehörde ist binnen vierzehn Tagen, vom Tage der Bekanntmachung gerechnet, zu überreichen. Weder über die Frage, ob eine Gebühr zu entrichten ist oder nicht, noch über das Ausmaß derselben findet ein gerichtliches Verfahren Statt.

XII. Uebergangsbestimmungen.

§. 17. Als Anfang der nach diesem Gesetze zu berechnenden Dauer der Verwahrung hat bei jenen Depositen, welche sich früher in der Verwahrung solcher nichtlandesfürstlicher Gerichtsinhabungen befanden haben, welche keine Verwahrungsgebühr anzunehmen befugt waren, der Zeitpunkt zu gelten, in welchem die Depositen von den hiezu bestimmten k. k. Aemtern oder Cassen übernommen wurden oder noch werden übernommen werden.

§. 18. Befanden sich aber die Depositen schon früher bei landesfürstlichen oder solchen nichtlandesfürstlichen Gerichten, von deren Depositen ein Zahlung zu entrichten war, so wird zwar die Dauer der Verwahrung von dem ursprünglichen Beginne derselben berechnet, jedoch die Verwahrungsgebühr nach diesem Gesetze nur dann abgenommen, wenn dieses dem Verpflichteten günstiger ist, als die frühere Vorschrift, und die Erfolgslassung nicht später, als in den ersten fünf Jahren nach Wirksamkeit dieses Gesetzes Statt findet. Nach diesem Zeitraume hat die Gebührenberechnung stets nach diesem Gesetze zu geschehen.

§. 19. Mit der Vollziehung der Bestimmungen dieses Gesetzes ist Unser Minister der Finanzen und der Minister der Justiz beauftragt.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien am sechs und zwanzigsten Jänner im Eintausend achthundert drei und fünfzigsten, Unserer Reiche im fünften Jahre.

Franz Joseph m. p.

Gr. Duol-Schauenstein m. p. Esorich m. p.

Krauß m. p. Baumgartner m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Ransonnet m. p.

Erlaß des k. k. Finanzministeriums vom 30. Jänner 1853,

womit die allerhöchste Entschließung, in Betreff der Anwendung des allerhöchsten Patentbes ddo. 26. Jänner 1853 über die Gebühren für die Verwahrung gerichtlich hinterlegter Gegenstände auf das Militär kundgemacht wird.

Se. k. k. apostol. Majestät haben in der allerhöchsten Entschließung ddo. 26. Jänner l. J., mit welcher die Kundmachung des Patentbes über die Gebühren für die Verwahrung gerichtlich hinterlegter Gegenstände angeordnet wurde, in Bezug auf die Anwendung dieses Patentbes auf das Militär zu befehlen geruht:

a) daß die Verwahrungsgebühren von Militärdepositen durch die betreffenden Militärstellen einzuhoben und von diesen an die Finanzcasse abzuführen, und

b) daß Gesuche und Beschwerden bezüglich militärgewaltiger Depositen, statt an die Finanzbehörden, im ordentlichen Instanzenzuge nach §. 16 des erwähnten Patentbes, an die Militärgerichte, das Obergericht und den Obersten Militärgerichtshof zu leiten sind.

Baumgartner m. p.

## Nichtamtlicher Theil.

### O e s t e r r e i c h.

Wien, 5. Februar. Obgleich über den Fortgang der Unterhandlungen des Hrn. FML. Grafen Leiningen noch Nachrichten fehlen, so zweifelt man doch nicht, daß dieselben zu dem gewünschten Resultate führen werden, da sich die Pforte schon vor Abreise des Herrn Grafen geneigt gezeigt hat, in die zum Schutze der Christen in der Türkei gestellten Anträge einzugehen, auch gleich nach Einlangen der ersten österreichischen, diesen Gegenstand berührenden Note den außerordentlichen Commissar Schamil Pascha nach Bosnien sendete, um die Klagen der Christen zu untersuchen. Der Sultan selbst soll den Wunsch ausgesprochen haben, die freundschaftlichen Beziehungen zu befestigen.

— Dem Vernehmen nach wird Se. k. k. Hoh. Herr Erz. Wilhelm im Laufe der künftigen Woche nach Dalmatien reisen, um im Auftrage Sr. M. des Kaisers das dort aufgestellte Gränzbewachungscorps zu inspiciern.

— Der „Osservatore dalmato“ vom 4. enthält nichts über Montenegro. Gerüchte, sagt er, laufen in Masse um, man wisse aber nichts Thatsächliches. Die türkischen Truppen nehmen fortwährend ihre Stellungen an den Gränzen ein.

Wien, 7. Februar. Se. Eminenz der Samstag hier angekommenen Primas von Ungarn wurde heute Vormittags von Sr. M. dem Kaiser in einer längeren Audienz empfangen.

— Ihre Majestät die Kaiserin Witwe Caroline Auguste hat der, vom Hrn. Sectionschef Carl Freiherrn von Czörnig veranstalteten Sammlung, welche bereits auf die Summe von 6026 Gulden gestiegen ist, einen Beitrag von 800 Gulden G. M. übermachten lassen.

— In Folge Kundmachung des Handelsministeriums werden Correspondenzen zwischen Oesterreich und dem Kirchenstaate, wenn sie die Aufschrift: „Auf dem Seewege“ führen, von nun mit den Lloyddampfböten befördert.

— Anlässlich eines vorgekommenen Straffalles hat der oberste Gerichtshof entschieden, daß eigenmächtige Selbsthilfe, wenn sie nicht mit öffentlicher Gewaltthätigkeit oder einer anderen, durch das allgemeine Strafgesetz verpönten Handlung verknüpft ist, keine strafbare Uebertretung begründet, sondern bloß eine Verantwortlichkeit vor dem Civilrichter bilde.

— Der politischen Schulverfassung, namentlich der Textirung der Paragraphen 153, 155 und 156 sind einige Aenderungen bevorstehend, auch in den üblich gewesenen Decreten und Instructionen der Oberschulaufsichter werden Abänderungen vorgenommen.

— Das hiesige Oberlandesgericht hat anlässlich eines vorgekommenen Rechtsfalles die Frage von practischer Wichtigkeit dahin entschieden, daß der Acceptant eines gezogenen Wechsels berechtigt sei, dem Aussteller die Einwendung der nicht erhaltenen Deckung im Wechselproceß entgegen zu setzen.

— Da nunmehr auch der Cours der Grundentlastungsoptionen auf der Wiener Börse notirt wird, so sind in einer Kundmachung des Statthalters von Böhmen vom 15. Jänner die betreffenden Verwaltungen darauf aufmerksam gemacht, daß hierdurch die Möglichkeit dargeboten ist, die Grundentlastungsoption auch zur Anlegung von Kirchenfonds und Stiftungs-capitalien zu verwenden.

— Der vom steiermärkisch ständisch Verordneten Rathe ausgeschriebene Preis von 120 fl. G. M. für das beste Original-Ölgemälde, ist dem akademischen Maler in Graz, Hrn. Johann Felbermeyer, verliehen.

— Die k. k. oberste Polizeibehörde hat das in New-York erscheinende Blatt „l'Eco d'Italia“ für den ganzen Umfang der Monarchie zu verbieten befunden.

— Die drei Engländer, welche im vorigen Jahre unsere ganze Stadt beschäftigten, nachdem sie sich in einem aus Mahagoniholz gezimmerten Boote mittelst Dampfschiff nach Eöla hatten bringen lassen, von dort aus in ihrem kleinen Schiffchen zuerst Ausflüge auf dem Rhein, dem Neckar und der Mosel gemacht hatten, und dann auch die Donau bis Pesth besuchten, haben jetzt die Schilderung ihrer Reiseabenteuer



auf dem letztgenannten Strome in einer Broschüre „Die Wasserlilie auf der Donau“ (the Water Lily on the Danube) veröffentlicht. Um die Fahrt auf der Donau beginnen zu können, hatten sie ihr kleines Ruderboot, abermals vermittelt eines Dampfschiffes, nach Rippingen am Main kommen lassen, von wo sie diesen Fluß hinauf nach Bamberg fuhren, hier in den Main-Donau-Canal einliefen, und bei Nürnberg vorüber nach Weltenburg an der Donau ruderten. Ihre Mühseligkeiten und Gefahren auf dem letztgedachten Strome selbst waren allerdings sehr groß, wenn nämlich ihre Schilderungen nicht eben so übertrieben sind, wie z. B. der Titel ihres Buches und ihre Darstellungen der bayer'schen und österreichischen Kleinbürger, denen sie, nach ihrer Versicherung, die seltsamsten und unglaublichsten Dinge aufgebunden haben. Auf der ungarischen Donau haben sie sich übrigens gleichwohl gehütet, in die Nähe des sogenannten „eisernen Thores“ zu kommen, und so verkauften sie in Pesth ihre „Wasserlilie“, wie es viele Schiffer mit ihren Fahrzeugen machen, welche von der oberen Donau dort hin mit Handelsartikeln kommen.

— Ihre k. k. Hoheiten der durchlauchtigste Hr. Erzherzog Franz Carl und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem k. k. Ministerium des Innern für die durch Feuer verunglückten Bewohner von Friedland in Böhmen, eine Summe von fünf-hundert Gulden C. M. zu übergeben geruht, welche ihrer edlen Bestimmung sofort zugeführt worden ist.

— Am 31. v. M. haben in Zara die feierlichen Exequien Sr. Hochwürden des dort verstorbenen Mons. Luigi Guglielmi, Bischofs von Verona, stattgefunden. Die Leiche wurde nach dem Kirchhof von Zara gebracht, wird aber dem Vernehmen nach später nach Lissa, wo der Hingeshiedene geboren war, transportirt werden.

— Herr von Florencourt hat die Leitung der „D. Volkshalle“ bereits übernommen. Das Blatt vom 2. Februar enthält eine Ansprache des neuen Redacteurs an die Leser, worin er als die erste und einzige Tendenz jedes katholischen Blattes, welches Politik treibt, angibt, „der katholischen Kirche diejenige politische Stellung und diejenigen politischen Rechte zu erhalten und zu erkämpfen, deren sie nach ihrem Wesen und ihrer heiligen Aufgabe noch bedarf.“

— Dem neuen preussischen Gesandten zu Madrid, Legationsrath von Rosenberg, ist, wie man in der „N. Pr. Z.“ liest, ein echt spanisches Abenteuer begegnet. Bei seiner Ankunft in Madrid nämlich verschwand das ganze Gepäck des Diplomaten auf dem Wege vom Eisenbahnhof bis zum Gasthof; Herr von Rosenberg hatte nichts mehr, als was er auf dem Leibe trug. Das ist überall schlimm, nirgends aber so schlimm, wie in Madrid. Hr. v. Minutoli, der preussische Generalconsul in Spanien, der die Stelle eines Geschäftsträgers interimistisch verwaltet hatte, wußte indes gleich Rath; er fuhr zu dem Polizeicapitän der Hauptstadt, dieser tröstete und erklärte seinem nächsten Untergebenen kategorisch: „Wenn die Sachen des Herrn Gesandten nicht in zwei Stunden zur Stelle sind, so bist Du Deines Dienstes quitt!“ Was nun weiter geschehen, meldet der Berichterstat-ter nicht, aber Herr v. Rosenberg hatte in 2 Stunden sein Eigenthum vollständig zurück.

**Prag, 5. Februar.** Die „Prag. Stg.“ schreibt: Es verging in letzter Zeit kaum ein Tag, an welchem uns nicht mitgetheilt wurde, daß Ihre Majestäten Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna zu wohlthätigen oder kirchlichen Zwecken ansehnliche Beiträge allergnädigst gespendet haben. Heute wieder berichtet man aus Kolin von einem in 500 fl. bestehenden Geschenke der kaiserlichen Majestäten für die dortige Bartholomäuskirche, und es liegen uns zwei demnächst zu veröffentlichende Verzeichnisse vor, aus welchen hervorgeht, daß Se. Majestät der Kaiser Ferdinand dem hiesigen Privatvereine für den Monat Jänner 350 fl. und Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna dem St. Ludmilla-Frauenvereine 200 fl. zukommen ließen. Die in der Zeit vom 1. Jänner 1853 bis heute, also in einem Zeitraume von nur 3 Wochen, bekannt gewordenen mildthätigen Spenden Ihrer kaiserlichen Majestäten haben bereits die Höhe von ein und zwanzig Tausend Einhundert Gulden

C. M. erreicht, welche Summe, mit alleiniger Ausnahme von 1000 fl., ausschließlich Vereinen und Unternehmungen in Böhmen und namentlich in Prag zu Gute kam. Und wie viele Aere der Wohlthätigkeit werden von den Majestäten geübt, wie viele Thränen der Armuth werden getrocknet, ohne daß die Kunde davon in die Oeffentlichkeit gelangt!

## Deutschland.

**Berlin, 5. Februar.** Der Abgeordnete v. Taczanowsky, der seine Denkschrift, betreffend die Vermehrung der höheren Unterrichtsanstalten der Provinz Posen, nicht nur dem Cultusminister, sondern auch dem Ministerpräsidenten vorgelegt, hat von diesem ein anerkennendes Schreiben erhalten, worin gesagt ist, wie das Bedürfnis der Gründung einer höheren Lehranstalt in der Provinz Posen von dem Gouvernement längst erkannt worden, und dasselbe auch bereits auf eine Abhilfe bedacht gewesen sei. Wenn diese jedoch bisher nicht ermöglicht werden konnte, so sei der Grund darin zu suchen, daß die erforderlichen Fonds zur Errichtung fehlten, und außerdem über die Wahl des Ortes im Schooße des Staatsministeriums Meinungsdivergenzen herrschten.

**Frankfurt, 3. Februar.** Die heutige Sitzung der Bundesversammlung war von nur kurzer Dauer. Der neuernannte k. k. Bundespräsidialgesandte, Freiherr Prokeß von Osten, legte der hohen Versammlung seine Beglaubigungsschreiben vor, und hielt eine ausdrucksvolle Ansprache an dieselbe. Weitere Gegenstände von Belang kamen nicht zur Verhandlung.

## Italien.

**Neapel, 28. Jänner.** Das amtliche Blatt meldet: Se. Majestät der König hat sich in Folge der ihm vom König von Dänemark und den Souverainen Oesterreichs, Frankreichs, Englands, Preußens, Rußlands und Schwedens gemachten Aufforderung entschlossen, dem in London am 8. Mai 1852 zwischen den genannten Souverainen Behufs der Sicherung der Integrität und Regelung der Erbfolge Dänemarks abgeschlossenen Vertrage beizutreten.

## Frankreich.

**Paris, 3. Februar.** Der „Moniteur“ veröffentlicht mehrere kaiserliche Decrete. Nach dem einen ernennet Se. Majestät der Kaiser, in Anbetracht, daß Artikel 3 des Senatsconsults vom 23. December 1852 ihm die souveräne Entscheidung aller Zolltarifs-Modificationen auf dem Wege internationaler Unterhandlungen überträgt; in Anbetracht, daß dieß ein Grund mehr ist, mit größter Klugheit in Angelegenheiten zu handeln, welche die Lebensinteressen des Ackerbaues, der Industrie und des Handels berühren, daß die Sicherheit das erste Bedürfnis dieser Interessen ist, und daher die öconomischen Fragen reiflich geprüft werden müssen, überdies die Benutzung der Aufklärung und Erfahrung von Männern, die ihre Zeit dem Studium dieser Fragen gewidmet, und sich mit der Praxis des Ackerbaues, der Industrie, des Handels befaßt haben, wünschenswerth erscheint: einen Oberrath des Ackerbaues, der Industrie, des Handels, welcher zu den Attributionen des Ministeriums des Innern gehört, und von diesem Ministerium präsidirt wird. Der Oberrath wird bestehen: aus 1 Vicepräsidenten, 2 Senatoren, 3 Mitgliedern des legislativen Körpers, 2 Staatsräthen und 6 Notabilitäten des Ackerbaues, der Industrie und des Handels. Er gibt über alle Fragen des Ackerbaues, der Industrie und des Handels, welche ihm die Regierung vorzulegen für gut findet, sein Gutachten ab. Insbesondere werden ihm die auf Zolltarifentwürfe von Handels- und Schifffahrtsverträgen, der Handelsgesetzgebung der Colonien und Algeriens bezüglichen Gesetze und Decrete zur Begutachtung vorgelegt. Bedarf es der Bestätigung gewisser Thatsachen, so hat der Oberrath jene Personen zu vernehmen, die ihm Aufklärung geben können. Er kann selbst mit Erlaubnis des Ministers Untersuchungen vornehmen. Die Minister haben Zutritt zum Oberrathe, und können Commissarien abordnen, welche die Fragen auseinander zu setzen haben, die dem Oberrathe vorgelegt wurden. Diese Commissarien haben auch die nöthigen Documente und Mittheilungen zu geben.

Ihre Majestät die Kaiserin ist durch nachstehendes kaiserliches Decret zur Vorsteherin und Beschützerin sämmtlicher vom Staate unterstützten Gesellschaften der mütterlichen Barmherzigkeit in ganz Frankreich ernannt worden:

„Auf den Bericht unseres Minister-Staatssecretärs im Departement des Innern, und auf die Kunde, die wir haben von den durch die Gesellschaften der mütterlichen Barmherzigkeit in den verschiedenen Städten des Kaiserreichs geleisteten Diensten, in dem Wunsche, zu gleicher Zeit diese wohlthätigen Einrichtungen zu ehren und zu ermuntern, die volle Entwicklung, die ihnen die Privatmildthätigkeit geben kann, zu erleichtern, und der Kaiserin Eugenie, unserer theuren und vielgeliebten Gemalin einen besonderen Beweis unserer Zuneigung zu geben, haben wir beschlossen und beschließen, was folgt: Artikel 1. Die vom Staate subventionirten Gesellschaften der mütterlichen Barmherzigkeit sind unter die Vorsteherchaft und den Schutz der Kaiserin gestellt. Artikel 2. Unser Minister-Staatssecretär im Departement des Innern wird uns ein besonderes Reglement zur Vollstreckung des gegenwärtigen Decrets vorzulegen haben.“

Der „Constitutionnel“ glaubt erklären zu können, daß alle von piemont. Blättern verbreiteten Nachrichten über die Ausweisung eines Franzosen vom Hofe von Parma und die Verhaftung einer Hofdame J. k. H. der Herzogin, aus der Luft gegriffen seien. Auch andere Thatsachen, die der Regierung von Parma zur Last gelegt wurden, sind — so schreibt dasselbe Blatt — erfunden.

**Paris, 5. Februar.** Der Kaiser ist heute von St. Cloud nach Paris gekommen, um einem Ministerrath zu präsidiren, und sodann nach St. Cloud zurückgekehrt. Uebermorgen werden Ihre Majestäten nach Paris kommen, und die Tuilerien bleibend beziehen.

## Telegraphische Depeschen.

### Telegraphische Depesche

des Herrn Statthalters der Lombardie an Se. Excell. den Herrn Minister des Innern.

**Mailand, 7. Februar.** Gestern Nachmittags fand eine Ruhestörung statt. Eine mit Pistolen, Dolchen und andern Waffen versehene Rotte, welche Nachmittags 5 Uhr einen Angriff auf die Hauptwache versuchte, wurde auseinander gesprengt. Ebenso fanden menschliche Angriffe auf einzelne Officiere und Soldaten in der Nacht statt. Die Ruhestörung wurde sogleich mit Energie unterdrückt. Um 8 Uhr Abends war die Ordnung vollständig hergestellt, und ist seitdem nicht wieder gestört worden. Acht und zwanzig Individuen wurden mit den Waffen in der Hand ergriffen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der verbrecherische Anfall von der revolutionären Partei im Auslande ausgeht, um die friedlichen Bewohner einzuschüchtern, und von der heuer besonders lebhaft gewesenen Theilnahme an den Carnevals-freuden abzuschrecken. Gegen die Schuldigen ist das Strafverfahren im Gange.

— **Berlin, 7. Februar.** Die erste Kammer hat mit 70 gegen 42 Stimmen nach dem Antrage der Commission die Regierungsvorlage, betreffend die Neubildung der ersten Kammer, angenommen.

— **Paris, 8. Februar, (11 Uhr Nachts.)** Der „Moniteur“ bringt einen Finanzlagebericht für 1852. Schwebende Schuld 690 Millionen. Das Deficit betrug 66 Millionen; es wird die Hoffnung ausgesprochen, dasselbe nächstens beseitigt zu sehen. Am verflossenen Sonntage wurden mehrere namhafte Legitimisten, darunter General St. Priest verhaftet.

— **New-York, 27. Jänner.** (Aus London 7. Februar.) Soule unterstützte des Generals Cass Resolutionen in energischer Rede. Die französische Entscheidung, welche die amerikanischen Reclamationen gegen Portugal verworfen hat, verursachte Unzufriedenheit. Eine Vermehrung der Flotte auf 10 Kriegsdampfer wird dem Senate vorgeschlagen. Die mexikanische Regierung erhielt von der Kammer unbeschränkte Vollmacht, die Revolution niederzudrücken. Veracruz hat sich der Ummwälzung angeschlossen.



Der außerordentliche Beifall, welchen die im verfloffenen Jahre in unserem Verlage erschienene:  
**Vergleichende Darstellung des österr. Strafgesetzes vom 27. Mai 1852**  
 gefunden, hat den Herausgeber veranlaßt, das vorstehende Ges. h. einer gleichen Bearbeitung zu unterziehen.  
 Die Verlagshandlung schmeichelt sich, der juridischen Welt eine nicht minder willkommene Erscheinung damit zu bieten.